



24.09.2007

**Kritik an "Schauveranstaltung"**

## **Landesrechnungshof: Bewerber um Präsidentenamt sagt Anhörung ab**



FRANK SCHAUKA

POTSDAM Die Besetzung der seit fast einem Jahr vakanten Stelle des Landesrechnungshof-Präsidenten steht offenkundig unter keinem guten Stern. Der erste Anlauf scheiterte, weil die Kungelei von SPD, Linke und CDU, die gleich mehrere Spitzenposten untereinander aufteilen wollten, allzu deutlich wurde. Der Versuch endete – wenn auch spät und nach Intervention renommierter Juraprofessoren – mit der spektakulären Rückrufaktion der designierten SPD-Präsidenten-Kandidatin Britta Stark durch die Parteispitze.

Nun, im zweiten Anlauf, der heute mit der Anhörung der ersten Bewerber in die Entscheidungsphase eintritt, werden erneut Zweifel an der Korrektheit des Auswahlverfahrens laut. Der Vorsitzende Richter des nordrhein-westfälischen Finanzgerichts in Düsseldorf, Karl Laier, hat seine Teilnahme für die Anhörung im Haushaltskontrollausschuss abgesagt.

Den Grund teilte Laier dem Ausschussvorsitzenden Wolfgang Klein (SPD) mit: Er habe "aus zuverlässiger Quelle in Erfahrung bringen können, dass für den Posten der Präsidentin des Landesrechnungshofs meine Kollegin Jäger vom Bundesfinanzhof vorgesehen ist und der Direktorenposten von Frau Osten besetzt werden soll". Offenkundig, so Laier, solle "auf Grund politischer Absprachen der Posten des Rechnungshofpräsidenten mit einer SPD-Frau besetzt werden". Zudem sei "der PDS der Direktorenposten für ihre Kandidatin zugesagt worden".

Bereits im ersten Besetzungsversuch vor knapp einem Jahr hatten SPD und die damals noch als Linkspartei-PDS firmierende Linke – mit wohlwollender Unterstützung der CDU – Folgendes vereinbart: Britta Stark wird Präsidentin, Kerstin Osten von der Linkspartei erhält, eine Stufe darunter, einen der wichtigen Direktorenposten. Die CDU sollte den Zugriff auf die Besetzung der nächsten freiwerdenden Direktorenstelle erhalten. Adelheid Jäger, die in Potsdam wohnt und SPD-Mitglied ist, arbeitet als Richterin am Bundesfinanzhof in München.

Laier greift das Verfahren massiv an: In Brandenburg sei man offensichtlich nicht gewillt, ein gesetzmäßiges Auswahlverfahren zu praktizieren. Er sei nicht gewillt, an einer "Schauveranstaltung" teilzunehmen. Wenn man Kandidaten zu einer Anhörung einlade, obwohl die Entscheidung bereits gefallen sei, "ist dies vergleichbar mit dem Fall, dass Lose verkauft werden, obwohl alle Gewinne schon gezogen sind", so Laier.

Um auszuschließen, dass wieder Kungeleien das Verfahren dominieren, hatte Brandenburgs FDP-Generalsekretär Hans-Peter Goetz ein öffentliches Anhörungsverfahren verlangt. Der Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, Klein, lehnte dies gegenüber der MAZ mit dem Hinweis ab, er sei "generell ein Verfechter nicht-öffentlicher Ausschusssitzungen". Außerdem habe bisher kein Ausschussmitglied die Öffentlichkeit der Anhörung beantragt. Für Goetz ist das ein merkwürdiges Demokratieverständnis.

Laut Klein hat jeder der 13 Bewerber für das Präsidentenamt "eine reelle Chance". Bei ihm persönlich habe es "keine politischen Einflussversuche gegeben". Für seine Entscheidung, so Klein, sei ausschlaggebend, wie überzeugend die Bewerber ihre "Unabhängigkeit nachweisen können". Es wäre für die Arbeit des Rechnungshofes von Nachteil, wenn sich der künftige Präsident dem Ministerpräsidenten oder einem anderen Spitzenpolitiker verpflichtet fühlte. Immerhin ist der Rechnungshof die höchste Instanz, um die Verwendung öffentlicher Gelder durch die Landesregierung zu kontrollieren.

In dieser Woche stellen sich laut Klein alle Bewerber im Ausschuss vor; eine Entscheidung werde er als Vorsitzender jedoch voraussichtlich erst am 2. Oktober verkünden. Bis dahin würden sich alle im Ausschuss vertretenen Fraktionen intern und getrennt auf einen Bewerber festlegen. Anschließend würden die Vorschläge verglichen, so dass sich der Ausschuss auf einen

gemeinsamen Kandidatenvorschlag verständigen könne. Diesen erhofften Konsenskandidaten, so Klein, werde er dann am 2. Oktober der SPD-Fraktion mitteilen. Er hoffe, dass seine Fraktion dem Vorschlag zustimme. Dieser Kandidat könne dann noch im Oktober vom Landtag zum Präsidenten des Rechnungshofs gewählt werden.

Allerdings gibt es noch ein anderes Szenario – falls sich der Ausschuss nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigt. Denn dann darf der Landtag unabhängig von den im Ausschuss angehörten Bewerbern einen eigenen Kandidaten vorschlagen und wählen. Nach Informationen der MAZ wäre diese Lösung manchem in der SPD-Spitze auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht unlieb. SPD-Fraktionschef Günter Baaske soll in den vergangenen Wochen mehrfach versucht haben, einen Konsensvorschlag des Ausschusses zu verhindern.

**Mehr zum Thema**

» Kommentar: Gefährliches Spiel : <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11026610/63629/>

**Ihre Meinung ist gefragt!**